**Stadt Georgsmarienhütte
Die Bürgermeisterin
Bildung, Sport, Gebäudemanagement, Soziales, Jugend**

Verfasser/in: Michael Dreier

**Vorlage Nr. BV/183/2021
Datum: 25.08.2021**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Sitzungs- datum	Sitzungsart (N/Ö)
Verwaltungsausschuss (nichtöffentlich)	15.09.2021	N
Rat	16.09.2021	Ö

**Betreff: Rahmendefizitvertrag über die Trägerschaft und den Betrieb von
Kindertagesstätten in Georgsmarienhütte;
hier: Abschluss eines Defizitvertrages mit der AWO Kreisverband für die
Region Osnabrück e.V. als Träger einer Kindertagesstätte**

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Georgsmarienhütte bietet der AWO Kreisverband für die Region Osnabrück e.V. als Träger einer Kindertagesstätte in Holzhausen mit Wirkung zum 01.01.2022 einen Vertrag über die Trägerschaft und den Betrieb einer Kindertagesstätte in anliegender Fassung zum Abschluss an.

Die Stadt gibt folgende Absichtserklärung ab:

Die Parteien erkennen an, dass mit der Trägerschaft von Kindertagesstätten betriebliche Risiken verbunden sind, die nur im Rahmen einer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Träger bewältigt werden können. Die Parteien sichern zu, bei Eintritt entsprechender Fälle zeitnah eine gemeinsame Lösung im Sinne einer vertrauensvollen Zusammenarbeit herbeizuführen.

Alle Träger von Kindertagesstätten werden von der Stadt Georgsmarienhütte unter Würdigung trägereigener Besonderheiten gleichbehandelt. Über den vertraglich vereinbarten Standard hinausgehende Regelungen werden künftig einheitlich für alle Träger angepasst.

Sachverhalt / Begründung:

Im Betrieb von Kindertagesstätten hatten sich in den vergangenen Jahren viele gravierende Veränderungen ergeben, die eine Anpassung der vertraglichen und finanziellen Beziehungen zwischen Stadt und Trägern erforderlich machen. Genannt seien an dieser Stelle der Ausbau der Ganztagsbetreuung inklusiv Mittagessen, der Ausbau der Betreuung von Kindern im Alter unter 3 Jahren, die Beitragsfreiheit für Kinder ab Vollendung des dritten Lebensjahres etc. Entsprechend dem Beschluss der zuständigen politischen Gremien der Stadt

strebt diese deshalb den Abschluss von (neuen) Defizitverträgen mit allen Trägern von Kindertagesstätten in Georgsmarienhütte an, die auf einem neuen Vertragsstandard basieren.

Da die Situation in den meisten Städten und Gemeinden des Landkreises vergleichbar ist, hat sich die von der Bürgermeisterkonferenz eingesetzte ständige Arbeitsgruppe Bildung und Betreuung von Kindern im Alter von 0 – 13 Jahren, in der die Stadt Georgsmarienhütte in Person der Fachbereichsleiterin III mitwirkt, der Sache angenommen und einen Arbeitskreis gebildet, der einen neuen einheitlichen Vertragsrahmen entworfen hat. Da der Abschluss bzw. die Änderung bestehender Verträge nur einvernehmlich erfolgen kann, waren an dieser Arbeitsgruppe neben Vertretern der Städte Bramsche, Melle und Georgsmarienhütte auch Vertreter der beiden größten Trägerorganisationen von Kindertagesstätten im Landkreis Osnabrück beteiligt, nämlich das evangelisch-lutherische Kirchenamt Osnabrück und das Bischöfliche Generalvikariat.

Das in mehreren Monaten entwickelte Muster für die Vertragsgestaltung von Trägerverträgen ist nach abschließender Beratung in der Arbeitsgruppe Bildung und Betreuung der Bürgermeisterkonferenz vorgestellt und in ihrer Sitzung am 04.12.2019 den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden im Landkreis Osnabrück für die Neufassung der Trägerverträge empfohlen worden. Es trägt den unterschiedlichen Konstellationen der Trägerschaft Rechnung (reine Betriebsträgerschaft oder auch Gebäudeeigentum des Trägers) und kann so den jeweiligen Verhältnissen entsprechend angepasst werden.

Dieser Mustervertrag ist seit Juni 2020 in fünf Sitzungen des Georgsmarienhütter Arbeitskreises „Finanzierung von Kindertagesstätten“, dem neben Vertretern aus Rat und Verwaltung Vertreter des BGV, des Kirchenamtes, der AWO sowie der kath. und ev.-luth. Kirchengemeinden als Träger von Kindertagesstätten angehören, auf der Grundlage der finanziellen Auswirkungen beraten bzw. verhandelt worden.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2021 haben die zuständigen politischen Gremien die erforderlichen Haushaltsmittel bereitgestellt, um einen neuen Defizitvertrag abzuschließen.

In der Sitzung des Arbeitskreises am 03.02.2021 sind alle noch offenen Beratungspunkte insbesondere die ständige Leitungsververtretung, die Vertretung der Drittkräfte, der Einsatz von Hauswirtschaftskräften und Reinigungskräften und die max. Höhe der Verwaltungskostenumlage sowie die Öffnungsklausel diskutiert und einvernehmlich den zuständigen politischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung empfohlen worden

In der Sitzung des Arbeitskreises am 17.03.2021 ist der Rahmendefizitvertrag mit Anlagen in der vorliegenden Fassung final zwischen Vertretern der Träger, der Trägerorganisationen und der Verwaltung abgestimmt worden. Einvernehmlich wurde zeitgleich zum Vertrag der Abschluss einer Absichtserklärung zum Umgang mit Betriebsrisiken vereinbart. Die Träger der Kindertagesstätten und die Trägerorganisationen sowie die Verwaltung tragen den nun in Endfassung vorliegenden Rahmendefizitvertrag mit.

Entsprechend der im Arbeitskreis vereinbarten Abfolge wurde zunächst den katholischen Kirchengemeinden der Abschluss des Rahmendefizitvertrages angeboten. Diese haben alle das Vertragsangebot angenommen und die gegengezeichneten und vom Bischöflichen Generalvikariat kirchenaufsichtlich genehmigten Verträge wieder eingereicht.

Nunmehr sollte der AWO, die noch über einen separaten Defizitvertrag mit Laufzeit bis 31.12.2021 verfügt, der Abschluss des neuen unbefristeten Rahmendefizitvertrages angeboten werden.

Dieser unterscheidet sich gegenüber dem Vertrag mit den katholischen Trägern einzig in der Höhe der Verwaltungskostenumlage. Bei den katholischen Trägern beträgt diese 7,0 % der jährlichen Fachpersonalkosten.

Die AWO als nicht konfessioneller Träger ohne finanzielle und administrative Unterstützung durch einen Dachverband oder eine übergeordnete Organisationseinheit, wie bspw. das Bis-

tum, muss bestimmte Aufgaben selber vorhalten und finanzieren. Dazu zählt die Fachberatung, das Qualitätsmanagement oder die Kosten für einen gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsrat. Die kath. bzw. evang. Träger bedienen sich bei der Fachberatung dagegen des Bistums, des Kirchenamtes oder des Landkreis Osnabrück und rechnen diese als Sachkosten im Defizit ab.

Somit ergeben sich höhere Verwaltungsgemeinkosten als bei den konfessionellen Trägern. Die AWO hat eine kostendeckende Verwaltungskostenumlage daher auch mit bis zu 9,98 % der jährlichen Fachpersonalkosten (zuzüglich anteiliger Kosten für Qualitätsmanagement und Betriebsrat) beziffert. Die diesem Prozentsatz zu Grunde liegende Kalkulation ist von der Verwaltung geprüft und für plausibel befunden worden.

Die Verwaltung empfiehlt dem Rat, diesen Rahmendefizitvertrag in vorliegender Fassung der AWO rückwirkend zum 01.01.2021 zum Abschluss anzubieten.

Im weiteren Verfahren sind in einer Arbeitsgruppe auf Verwaltungsebene Ausführungsbestimmungen zum Vertrag zu entwickeln, um eine einheitliche Umsetzung des Vertrages durch alle Träger zu gewährleisten.

Den ev.-luth. Kirchengemeinden als Träger von Kindertagesstätten ist gleichfalls die Umstellung der aktuellen, zeitlich unbefristeten Verträge auf den neuen Vertragsstandard anzubieten.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Anhebung der Verwaltungskostenumlage ist aus dem zur Verfügung stehenden Budget beim Produkt 365.01 – Tageseinrichtungen für Kinder gedeckt.

Gleichstellungspolitische Auswirkungen:

Der Abschluss des unbefristeten Rahmendefizitvertrages sichert den Betrieb der Kindertagesstätte Holzhausen und damit die institutionelle Kinderbetreuung im Stadtteil. Dies unterstützt Eltern in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Anlagen:

Vertrag AWO

Anlage zu § 10 Abs. 2 Defizitvertrag Endfassung

Anlage zu § 10 Abs. 3 Defizitvertrag Endfassung

Nebenabrede AWO zu § 12 ab 01.01.2022_Entwurf